

Bezugspreis: Vierteljahr 20.- M., monatlich 10.- M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 31. Mai 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Bayern zögert noch immer!

München, 31. Mai. (WIZ.) In der heutigen Sitzung des Staatshaushaltsausschusses des bayerischen Landtags gab Ministerpräsident v. Kahr über die Einwohnerwehrfrage folgende Erklärung ab:

Die bayerische Staatsregierung ist in Übereinstimmung mit der Reichsregierung entschlossen, in Erfüllung des Willens in der Entwaffnung der Einwohnerwehr das Mögliche zu tun, wobei die Termine tunlichst eingehalten werden.

Die Erklärung des Herrn v. Kahr zeigt, daß die bayerische Regierung das alte Spiel der Zweideutigkeiten fortsetzt. Auf der einen Seite wird mit verdächtigen Redensarten wie „nach Möglichkeit“ und „tunlichst“ fristgerechte Entwaffnung und „loyale Haltung“ in Aussicht gestellt.

Die neue Anfrage an die Entente, ob nun wirklich die Aufhebung der Einwohnerwehren gefordert sei, diese schlecht gespielte Schwerhörigkeit, kann natürlich nichts anderes sein als

eine kurze Komödie. Noch heute muß die Reichsregierung die Liste der Organisationen einreichen, deren Entwaffnung und Auflösung bis zum 30. Juni nicht „tunlichst“ oder „nach Möglichkeit“, sondern unter allen Umständen durchgeführt sein muß.

Die Erklärung des Herrn v. Kahr ist nur verständlich aus seiner schlotternden Angst vor denen, die er regieren soll. Zuerst pfiff Bayern auf das Reich, dann pfiff die Leitung der Einwohnerwehren auf die bayerische Regierung, jetzt pfeifen die Gauleiter auf die Leitung der Einwohnerwehren.

Wenn die Reichsregierung sich noch rechtzeitig entschließt, mit fester Hand Ordnung zu schaffen, so wird sie die erdrückende Mehrheit des Volkes in Deutschland, und auch in Bayern selbst, auf ihrer Seite haben.

Das Verzeichnis der aufzulösenden Selbstschutzorganisationen, Einwohnerwehren usw. ist gestern der Interalliierten Militärkontrollkommission überreicht worden.

Begen Nord Schleswig-Legenden!

Von Dr. H. Rößler.

Im Zusammenhang mit den bekannten Veröffentlichungen des dänischen Professors Tage Friis, die nunmehr durch Entgegenkommen sowohl des ehemaligen Unterstaatssekretärs Dr. David wie auch des ehemaligen dänischen Landtagsabgeordneten Kloppeburg-Skrumsager auf ihren wirklichen Wert zurückgeführt worden sind, haben eine Reihe von deutschen Blättern die längst widerlegte Legende aufgewärmt, daß lediglich durch das übereilte Entgegenkommen der damaligen deutschen Regierung und besonders durch die veröhnliche Haltung des Staatssekretärs Dr. Solf die Wiederaufrollung der nord-schleswigschen Grenzfrage verschuldet worden ist.

Bereits im Jahre 1917 hatte die englische Regierung zur Vorbereitung für die künftigen Friedensverhandlungen ein sogenanntes „Friedenshandbuch“ (Peace Handbook, prepared under the Direction of the Historical Section of the Foreign Office) herausgegeben, in dem von kompetenter Seite alles wissenschaftliche, ethnologische, wirtschaftliche und politische Material gesammelt wurde, das bei der Beratung auf der Friedenskonferenz eine Rolle spielen würde.

Durchschlagender noch ist ein Dokument, das erst seit einigen Wochen der politischen Öffentlichkeit Europas bekannt geworden ist. Das sind die persönlichen Erinnerungen von der Friedenskonferenz in Versailles, die der ehemalige amerikanische Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und Hauptmitarbeiter Wilsons, Herr Robert Lansing, nunmehr hat erscheinen lassen.

Vorkonferenz in Boulogne?

London, 31. Mai. (WIZ.) „Daily Telegraph“ zufolge hat die britische Regierung Briand vorgeschlagen, entweder morgen oder Donnerstag in Boulogne eine Vorkonferenz zwischen den ersten Ministern Englands und Frankreichs und dem italienischen Botschafter in Paris abzuhalten, um Einzelheiten des Sachverständigenausschusses zu regeln, dessen Bericht dann etwa innerhalb einer Woche bzw. zehn Tagen nach der Zusammenstellung des Ausschusses einer Vollsitzung des Obersten Rates unterbreitet werden könnte.

Dem „D'oeuvre“ zufolge ist die französische Regierung bereit, einer Einberufung der Konferenz am Sonnabend zuzustimmen.

London, 31. Mai. (WIZ.) „Times“ meldet, daß die französische Regierung dem Teil des britischen Planes zugestimmt hat, in dem vorgesehen wird, daß der mittlere Teil Oberschlesiens zwischen den nördlichen und südlichen Bezirken sofort unter Bewachung durch alliierte Truppenteile gestellt wird.

Die britische Antwort an Frankreich läuft der „Times“ zufolge darauf hinaus, daß ersiens keine Anzeichen dafür bestehen, daß Korianty seinen Vorschlag durchführe, und daß zweitens, wenn dies doch der Fall sei, das um so besser sei, denn es würde dann den Polen leichter sein, Pleß und Rybnik zu besetzen.

Die Entente-Kommission für Oberschlesien.

Paris, 31. Mai. (Havas.) In französischen Kreisen hat man die Zustimmung der englischen Regierung zu dem französischen Vorschlag über eine Sachverständigen- und Untersuchungskommission für die Grenzregulierung in Oberschlesien sehr günstig aufgenommen.

Paris, 31. Mai. (WIZ.) Die „Matin“ meldet, wird in der französischen Antwort auf die gestern überreichte englische

Note geltend gemacht werden, daß der Zusammenritt der Sachverständigen in Dppeln nicht rasam erscheine, da man diese neue Kommission der Veldenshaften entziehen müsse, die sich innerhalb der Interalliierten Kommission in Dppeln geltend gemacht hätten.

Nach „Echo de Paris“ jedoch scheint es, daß die französische Regierung geneigt sei, die Entsendung der Sachverständigenkommission nach Oberschlesien anzunehmen, und daß sie nur verlangen werde, daß der Oberste Rat erst nach ihr zusammentrete und nicht vorher, wie die englische Note es verlange.

Ein neuer Vertreter Englands.

London, 31. Mai. (TU.) Oberst Percival, der englische Vertreter der Interalliierten Kommission für die Volksabstimmung in Oberschlesien, der aus Gesundheitsrücksichten um seine Entlassung gebeten hatte, ist durch Sir Harold Stuart, den früheren englischen Kommissar der Rheinlandkommission ersetzt worden.

Percival hat sich bemüht, in der ober-schlesischen Frage stets eine objektive Haltung einzunehmen. Das führte oft zu harten Zusammenstößen mit dem französischen Vorsitzenden der Interalliierten Kommission Le Rond. Ob er ein Opfer dieser Segnerschaft geworden ist, mag dahingestellt bleiben.

Eine deutsche Beschwerde.

Am 20. Mai ist an die Entente eine deutsche Note abgegangen, in welcher Klage über das Ausbleiben jeglicher Kohlenlieferungen aus Oberschlesien geführt wurde.

England und das Leipziger Urteil.

London, 31. Mai. (WIZ.) Während ein Teil der englischen Presse, Daily Mail und Daily News, erneut äußerst scharfe Kritik an den in Leipzig verhängten Strafen übt, hebt der aus Leipzig zurückgekehrte Solicitor General Sir Ernest Pollock, die Unparteilichkeit des Gerichtshofes hervor.





